



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Annette Karl, Natascha Kohonen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

Wirtschaftsspionage

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie bis Februar 2017 zu berichten, welche Maßnahmen gegen Wirtschaftsspionage in Bayern seit 2010 ergriffen worden sind und mit welchem Erfolg.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Wie haben sich die Angriffszahlen in den letzten Jahren seit 2010 entwickelt?
- 2a. Wie viele Angriffe werden an staatliche Stellen gemeldet?
- 2b. Welche staatlichen Stellen werden von den Unternehmen kontaktiert und wie werden diese beworben?
3. Sind seit 2010 Sicherheitskooperationen branchengleicher Unternehmen entstanden und inwieweit waren staatliche Stellen daran beteiligt?
4. Wie wird die Internetseite www.wirtschaftsschutz.bayern.de angenommen (Klickzahlen) und gibt es Berichte darüber, wie zufrieden die Unternehmen mit dem Angebot sind?
5. Auf welche Weise werden Unternehmen über mögliche Gefahren informiert?
6. Wie gehen die betroffenen Unternehmen mit einem Angriff um?

Begründung:

Laut dem „Halbjahresbericht Bayern 2016 Spionageabwehr Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) Wirtschaftsschutz“ wurden 69 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland in den letzten zwei Jahren Opfer eines elektronischen Angriffs. Dabei geht es in erster Linie um das Auspähen von Daten, Know-How oder um die Sabotage wichtiger Systeme. Der Schaden, der hierdurch entsteht, liegt im zweistelligen Milliardenbereich.

In erster Linie sind die Unternehmen zwar selbst für ihre Daten- und Netzwerksicherheit verantwortlich. Aber der entstandene Schaden erfordert auch staatliches Handeln.